

Die



Alpenkonvention

Nachhaltige Entwicklung für die Alpen



Nummer 49
Winter 2007

Editorial

Alpenkonvention in Europa
sichtbarer machen

Die Alpen als Vorreiter einer
biogenen Wirtschaftswende

Hannes Schlosser im Gespräch
mit Gerlind Weber

Von den Alpen zu den Anden

Die Alpenkonvention auf der
Ebene der österreichischen
Bundesländer (2)

Literatur und Medienhinweise

Impressum

Blattlinie und Erscheinungsweise:
Fachinformation zur Alpenkonvention
Erscheint quartalsweise
Herausgeber und Medieninhaber:
Alpenkonventionsbüro von CIPRA Österreich
im



Umwelt
Dachverband

Redaktion:
Hannes Schlosser
Redaktionsbeirat:
Peter Haßbacher (OeAV)
Ewald Galle (BMLFUW)
Kontaktadresse und Redaktionsanschrift:
Alpenkonventionsbüro von CIPRA Österreich
c/o Oesterreichischer Alpenverein
Wilhelm-Greil-Straße 15, Postfach 318,
A-6010 Innsbruck
Tel. +43/(0)512/59 547-43
Fax +43/(0)512/59 547-40
E-mail: nadine.pfahringner@cipra.org
Internet: www.cipra.org
Layout:
Josef Essl (OeAV)



lebensministerium.at



Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Verkehrsprotokoll mit seiner Bestimmung über das Verbot neuer, hochrangiger alpenquerender Straßen, ist ein Herzstück der Alpenkonvention. Diese Einschätzung wird von Expertinnen und Experten einhellig geteilt. Der Ratifizierung dieses Protokolls durch alle am Alpenkonventionsprozess beteiligten Staaten kommt daher eine besondere Bedeutung zu, die gleichermaßen faktische wie symbolische Bedeutung hat.

Österreich, Deutschland und Liechtenstein haben das Verkehrsprotokoll bereits 2002 ratifiziert (wodurch es in diesen Staaten auch in Kraft getreten ist), Slowenien folgte 2004 und Frankreich 2005. Noch nicht ratifiziert haben die Schweiz (aus grundsätzlichen Erwägungen gilt das für alle Protokolle), Monaco, Italien und die EU.

Seit Jahren gibt es vor allem um die Ratifizierung in Italien und der EU ein zähes Ringen, wobei Hoffnungen auf einen baldigen Erfolg schon wesentlich größer waren, als sie es derzeit sind. Matthias Ruete, Leiter der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission, hat kürzlich in einem Schreiben an den Generalsekretär der Alpenkonvention Marco Onida die Ampel wieder einmal auf Rot gestellt. Für eine Ratifizierung durch die EU gebe es kein Mandat des Rates und dann wörtlich: „Die Einleitung eines Ratifikationsprozesses wäre eine sehr schwere und problematische Aufgabe mit unvorhersehbarem Ergebnis.“ Derzeit, so Ruete wäre mit sehr

unterschiedlichen Reaktionen vor allem jener Mitgliedsstaaten zu rechnen, die nicht unmittelbar vom Protokoll betroffen sind.

Nicht erfüllt haben sich die Hoffnungen, dass es unter der Regierung von Romano Prodi rasch zur Ratifizierung kommt. Marco Onida weiß aus italienischen Parlamentsquellen, dass sich die Situation zwiespältig darstellt. Der Prozess sei im Gange und es gebe durchwegs Empfehlungen, dass das Parlament das Verkehrsprotokoll ratifiziert. Geht alles seinen normalen parlamentarischen Gang,

dann sei mit einem Abschluss aber „nicht vor dem Sommer 2008“ zu rechnen, es könne

aber auch noch ein Jahr dauern. Damit bleibt alles weiterhin sehr vage. Gleichzeitig hat Onida vom italienischen Umweltminister Alfonso Pecorearo Scanio das Versprechen erhalten, alles zu unternehmen um den Prozess zu beschleunigen. Allerdings können die instabilen politischen Verhältnisse Italiens faktisch jederzeit zu Neuwahlen führen, womit der parlamentarische Entscheidungsprozess wieder bei Null beginnen würde. „Ich glaube es erst, wenn es passiert ist“, lautet daher die lakonische Zusammenfassung Onidas, der eigentlich nichts mehr hinzuzufügen ist.

In dieser letzten Ausgabe des Alpenkonvention Newsletter für 2007 bieten wir ihnen wieder vielfältigen Stoff, der hoffentlich Ihr Interesse findet. Ihnen und dem Lebensraum Alpen wünscht ein gutes Jahr 2008

Ihr

Hannes Schlosser

Editorial

ALPENKONVENTION IN EUROPA SICHTBARER MACHEN

von Marco Onida¹

Das Alpenraumprogramm Alpine Space zur territorialen Zusammenarbeit in der EU bietet höchst interessante Möglichkeiten, die Ziele der Alpenkonvention zu erreichen. Es folgt dem INTERREG IIIB-Programm und ist mit bedeutenden EU-Mitteln ausgestattet. Durch die Kooperation von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften trägt Alpine Space zur Umsetzung der Alpenkonvention maßgeblich bei. Weil dabei Partner aus verschiedenen Staaten zusammenarbeiten müssen, hilft Alpine Space bei der Vernetzung und Verbreitung von Projektergebnissen.

Kürzlich haben die Europäische Kom-

für das Alpenraumprogramm sich nicht auf jenes der Alpenkonvention beschränkt, sondern auch die großen Metropolen am Alpenrand einbezieht. Die Rolle der Alpenkonvention als Motor für Integration und nachhaltige Entwicklung im Alpenraum wird anerkannt, weshalb das Ständige Sekretariat bereits eine Kooperation mit den Organen des Alpenraumprogramms begründet hat. Dazu hat das Ständige Sekretariat bei der Auftaktkonferenz von Alpine Space in St. Johann im Pongau im Juni 2007 die Prioritäten der Alpenkonvention für die nächsten Jahre vorgestellt. Der Generalsekretär der Alpenkonvention wurde als Be-

obachter im Programmausschuss des Alpenraumprogramms zugelassen und spielt dort eine strategische Rolle als Berater. Zugleich nehmen Vertreter von Alpine Space als Beobachter bei den Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Alpenkonferenz teil. Damit wird es leichter, die Aufrufe zur Einreichung von Projekten im Alpenraumprogramm auf die Prioritäten der Alpenkonvention Klimawandel, Tourismus, Verkehr, Naturgefahren und Vernetzung von Schutzgebieten, abzustimmen. Außerdem werden

dadurch Ressourcen für die konkrete Umsetzung der Alpenkonvention mobilisiert und das Alpenraumprogramm wird als Finanzierungsinstrument der Alpenkonvention eingesetzt. Wichtig ist, dass die Schweiz als Nichtmitglied der EU aktiv an

den Programmen teilnimmt und sogar dieselbe Person für die Alpenkonvention und das Alpenraumprogramm nominiert hat.

Ressourcen mobilisieren

Natürlich ersetzen die Aktivitäten im Rahmen des Alpenraumprogramms nicht eigene Aktivitäten des Ständigen Sekretariats, aber sie ergänzen sie auch bei spezifischen Projekten, wie etwa im Bereich der Kooperation zwischen Schutzgebieten, die von der Task Force Schutzgebiete des Ständigen Sekretariats in Chambéry betreut wird oder im Themenbereich Bevölkerung und Kultur.

Aber es wäre weder möglich noch sinnvoll, die Alpenkonvention ausschließlich mit vom Ständigen Sekretariat durchgeführten Projekten mit Leben zu erfüllen. Zum einen, weil dessen menschliche und finanzielle Ressourcen beschränkt sind. Zum andern, weil der Beteiligung der lokalen und regionalen Ebene in der Alpenkonvention große Bedeutung zukommt und es undenkbar ist, die Umsetzung des Vertragswerks beim Ständigen Sekretariat zu „zentralisieren“. Um die Ziele der Konvention zu erreichen, ist es erforderlich, Ressourcen auf allen Ebenen zu mobilisieren und die größtmögliche Anzahl von AkteurInnen vor Ort einzubeziehen - Alpine Space ist dafür ein hervorragendes Beispiel.

Es ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass viele, die Alpen betreffende Entscheidungen weit außerhalb der Alpen in den europäischen Hauptstädten und in Brüssel getroffen werden. Eine Politik zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen, für die die Alpenkonvention den Rahmen bildet, darf den europäischen Kontext also nicht ausblenden. Außerdem kann die Alpenkonvention durch die Mitarbeit in den Programmen zur territorialen Kooperation der EU eine größere Anerkennung und Sichtbarkeit auf europäischer Ebene erlangen.



Im Alpenraumprogramm „Alpine Space“ steht der Klimawandel in der Prioritätenliste ganz oben (im Bild das stark zurückschmelzende Obersulzbachkees im Nationalpark Hohe Tauern).

mission und die Institutionen des Alpenraumprogramms den Wunsch bekundet, in der neuen Programmperiode 2007-2013 die Kooperation mit der Alpenkonvention zu verstärken. Dies ist von eminenter politischer Bedeutung, weil das Gebiet

¹ Der Autor ist Generalsekretär der Alpenkonvention; Innsbruck.



DIE ALPEN ALS VORREITER EINER BIOGENEN WIRTSCHAFTSWENDE



Welche Perspektiven hat der ländliche alpine Raum? Wie entwickeln sich die Ballungsräume, die mehr und mehr verstädern? Was ist die Zukunft inneralpiner Täler, die als touristische Monostrukturen funktionieren bzw. jener, deren Wirtschaftskraft sinkt und Abwanderung zur Konsequenz hat? Ein Gespräch mit **Gerlind WEBER**, Professorin an der Universität für Bodenkultur Wien, wo sie das Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung leitet.

HANNES SCHLOSSER: DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS IST EINER IHRER FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE. GIBT ES ÜBERHAUPT EINHEITLICHE PERSPEKTIVEN?

Gerlind Weber: Die Politik sagt immer, die Landwirtschaft wird weiterhin die Zukunft des ländlichen Raumes prägen. Meine These ist, dass die Entwicklung der ländlichen Regionen ganzheitlich zu betrachten ist und dabei erkennt man, dass man es mit stark von einander abweichenden Raumtypen zu tun hat. Deren Entwicklungspfade werden heute sehr stark von außerlandwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Mit der Betonung der Landwirtschaft vermeidet die Politik einen integrativen Ansatz, auf den es aber meines Erachtens ankommt. Wir müssen nämlich zuerst die Entwicklung der außerlandwirtschaftlichen Wirtschaft anschauen, woraus sich dann für die Landwirtschaft neue Chancen ableiten lassen.

SCHLOSSER: WELCHE RAUMTYPEN IM LÄNDLICHEN RAUM HABEN SIE IN IHREN FORSCHUNGEN HERAUSGEARBEITET?

Weber: Wir haben anhand verschiedener sozio-ökonomischer Indikatoren für alle österreichischen ländlichen Gemeinden deren wirtschaftliche Leistungsstärke errechnet. Dabei entsteht ein relativ klares großregionales Muster: Strukturstark sind die Stadt-Umlandgemeinden, ebenso der Westen Österreichs mit Ausnahme einiger Seitentäler, die

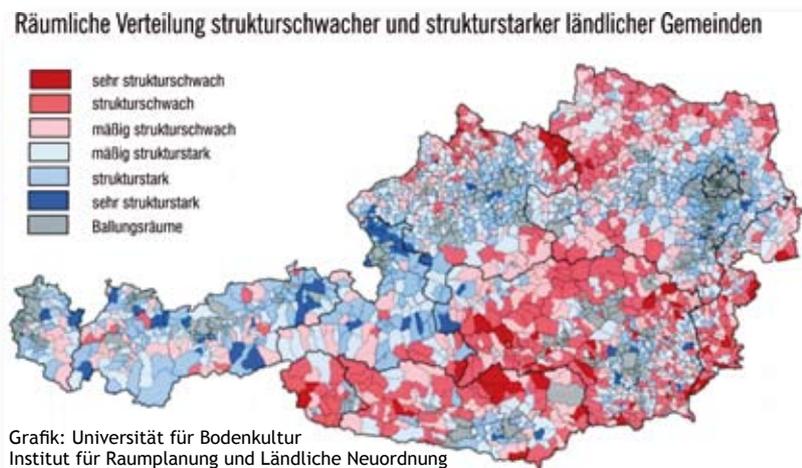
peripher liegen und schwer erreichbar sind. Strukturstark sind auch die zweisaisonalen Tourismusregionen und die Gebiete entlang der großen Verkehrsachsen. Hingegen sind die inneralpinen Tallagen Zentral- und Ostösterreichs mit ihren beengten naturräumlichen Verhältnissen und ihrer schlechten Erreichbarkeit strukturschwach. Das betrifft Kärnten mit Ausnahme seines Zentralraumes, die Steiermark im Osten und Norden, den Süden von Nieder- und Oberösterreich, den Lungau in Salzburg, sowie Osttirol. Letztlich bleiben noch die Gebiete am ehemaligen Eisernen Vorhang. Sie sind strukturschwach, ausgenommen dort, wo es zu einer Überlagerung mit Suburbanisierungstendenzen von Wien und Eisenstadt kommt.

Neue Chancen für Landwirtschaft

SCHLOSSER: WAS LEITET SICH AUS DIESEN RAUMTYPEN FÜR DIE ZUKUNFT AB?

Weber: Die strukturstarken Räume sind in einer globalisierten Wirt-

schaft weiter attraktiv für Betriebsansiedlungen, weil die Lage und Ausstattungsvorteile immer mehr schlagend werden. Zugleich droht ein weiteres Zurückfallen jener Räume, die schon heute schwach sind. Daraus ergibt sich ein sehr klares Bild für die Landwirtschaft in diesen Räumen: Wir gehen von der These aus, dass eine Re-Regionalisierung der Landwirtschaft stattfinden wird.



Für diese These sprechen die steigenden Treibstoffpreise und das Streben nach mehr Energieautarkie in Regionen, wo es darum geht, dass die Energie aus erneuerbaren Quellen vor allem aus der Region für die Region kommen soll. Außerdem werden neue Konsumentenansprüche wirksam: Man will nicht anonym beliefert werden, sondern will wissen, wer hat das, was er isst, produziert und wie wurde es produziert. Es gibt den Wunsch nach kurzen Transportwegen, weil man Wert auf Frische legt und möchte kontrollieren, ob das Lebensmittel biologisch



Auf die Berglandwirtschaft kommen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten neue Herausforderungen zu.

erzeugt worden ist. Außerdem wird die Land- und Forstwirtschaft die Werk- und Wirkstoffe der Zukunft hervorbringen.

SCHLOSSER: IST DIE BOTSCHAFT BEI POLITIK, BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT SCHON ANGEKOMMEN?

Weber: Überhaupt nicht. Wir sind in einer Pionierphase. Jetzt geht es darum, den relevanten Akteuren klar zu machen, dass durch eine Re-Regionalisierung der Landwirtschaft, aber auch durch den Paradigmenwechsel von einer fossil zu einer biogen basierten Wirtschaft der Boden einen ganz neuen Stellenwert in der Regionalentwicklung bekommt. Die erste Botschaft an die Politik lautet daher, dass sie sich viel konsequenter als in der Vergangenheit um den quantitativen Bodenschutz kümmern muss, weil neue Ansprüche auf den Boden zukommen werden.

Boden als Rohstofflieferant

SCHLOSSER: BODENSCHUTZ IN WELCHER FORM?

Weber: Es geht darum, die mit der Landwirtschaft konkurrierenden Nutzungsinteressen, z.B. für Siedlungen, Straßen und sonstigen Infrastrukturen, nicht nachzugeben. Andernfalls leiden darunter ja nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Naturschutzansprüche, weil die Landwirtschaft den Druck, dem sie ausgesetzt ist, an die naturnahen Flächen weitergibt. Wir müssen davon ausgehen, dass der Boden künftig nicht nur die Nahrungs- und Futtermittel produ-

ziert, sondern zumindest als Übergangslösung teilweise die Energie der Zukunft und teilweise auch die Industrierohstoffe der Zukunft. Es gibt eine Liste von Industrierohstoffen die in einer biobasierten Wirt-

schaft auf derzeitigem Stand der Technik produziert werden können. Die Produktpalette ist sehr vielseitig und reicht von Farben über Textilien und Baustoffen bis hin zu Arzneimitteln. Damit haben wir uns als Planer noch viel zu wenig auseinander gesetzt.

SCHLOSSER: WAS IST DABEI VON BESONDERER BEDEUTUNG?

Weber: Ich nenne hier nur Öllein, Mais, Kartoffeln und insbesondere natürlich Holz. Insgesamt geht es darum, dass sich die gesamte Wirtschaft viel mehr auf biotechnologische Grundlagen stellen wird. Wo es möglich ist, findet eine Ablöse bei vielen Produkten statt, die derzeit aus fossilen Rohstoffen produziert werden.

SCHLOSSER: WIE GROSS WIRD DIESER BODENBEDARF SEIN?

Weber: Da gibt es noch keine verlässlichen Aussagen. Man weiß aber jetzt schon, dass der Boden nicht ausreichen würde, eine biogen basierte Energieversorgung zu gewährleisten. Das ist auf diesem Niveau des Energieverbrauchs in unseren Breiten nicht möglich. Nicht zuletzt deshalb, weil neue Ansprüche mit einer höheren Wertschöpfung kommen werden, wäre es sicher nicht klug, aus dem Boden vornehmlich die Energie zu ziehen. Meine These ist, die Energie der Zukunft wird von der Sonne kommen, ohne die komplizierte Transmission über die Energiepflanzen und andererseits durch Geothermie direkt aus der Erde. Wenn man jetzt dem Benzin Bioäthanol beimischt, dann ist das höchstens eine Übergangslösung,

um den Bauern das Fortkommen kurzfristig zu sichern.

Verstädterung schreitet voran

SCHLOSSER: DAS RHEINTAL ODER DAS UNTERINTAL SIND BEREITS HOCHURBANISIERTE RÄUME. FÄLLT DAS IN IHRE VORSCHLÄGE ÜBER DIE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG NOCH HINEIN ODER HAKEN SIE DAS UNTER VERSTÄDERT AB?

Weber: Das sind Entscheidungen, mit einer starken politischen und regionalökonomischen Komponente, in die letztlich auch Wertfragen einfließen. Gerade bei der Lebensmittelversorgung gibt es den Anspruch der Nähe und es existiert der Wunsch nach naturnaher Naherholung und die Notwendigkeit für Naturschutz. Es bedarf dazu eines klaren politischen Bekenntnisses und es muss überlegt werden, wie auch in den Verdichtungsräumen die Landwirtschaft gehalten werden kann. Es ist auch denkbar zu sagen, es ist hoffnungslos, weil der Nachfragedruck nach Bauland zu stark ist und eine Stadt, die eine bandförmige Struktur annimmt, hat auch ihre Qualitäten. Das sind Entscheidungen, die getroffen werden müssen.

Aus fachlicher Sicht würde ich aber sagen, dass man die Landwirtschaft nicht zur Gänze aus diesen Räumen verdrängen darf. Nicht zuletzt deshalb, weil Tal- und Berglandwirtschaft ein ganz sensibles Wechselverhältnis bilden. Gerade wegen des Klimawandels muss in den Hochlagen eine sehr sorgfältige Bewirtschaftung stattfinden und da muss die Gesellschaft sich fragen, was es ihr wert ist. Wenn wir unten die Bauern verdrängen und sagen, aber oben brauchen wir sie, um unsere Dörfer und Straßen im Tal zu schützen, dann wird das nicht funktionieren.

SCHLOSSER: GIBT ES URBALE REGIONEN DIE SCHON EINEN SCHRITT WEITER SIND?

Weber: Die Stadt Salzburg ist sich beispielsweise bewusst, dass die Kulturlandschaft ein Teil ihres Weltkulturerbes ist. Sie ist bereit, einen Dialog mit den Bauern einzugehen und sagt: „Ihr seid ein wichtiger





Das intensiv genutzte Zeller Becken im Salzburger Pinzgau. Massiv schreitet hier der Verlust an landwirtschaftlicher Fläche voran.

Baustein, um diese berühmte Silhouette bewahren zu können“. Es gibt dafür Motive Grünräume zu sichern, die in der Landschaftsästhetik, der Ökologie, und die Sicherheit wurzeln. Auch in Graz gewinnt das stadtnahe Grün an Bedeutung. Wien hat mit Niederösterreich einen Biosphärenpark angestrebt und jetzt auch bekommen. Der ehemalige Wald- und Wiesengürtel wird damit auf internationales Anerkennungs-niveau gehoben und das ist ein politisches Bekenntnis, das vor Konkurrenznutzung effektiver schützt, als die Flächenwidmungsplanung es je getan hat.

Holz ist zu wertvoll zum Verheizen

SCHLOSSER: NEHMEN WIR TIROL ALS INNERALPINES BEISPIEL. HIER SIND NUR 13 PROZENT DER FLÄCHE NUTZBAR, DIE BEVÖLKERUNGSZAHL HAT SICH IN DEN LETZTEN JAHRZEHNEN VERDOPPELT UND JETZT SOLL AUCH NOCH DIE BIOGENE WENDE KOMMEN. DA WERDEN SICH DIE NUTZUNGSKONFLIKTE WOHL WEITER VERSCHÄRFEN.

Weber: Nein, nicht überall, sondern sie polarisieren sich. Es kommt zu einer Konzentration auf die strukturstarke Räume: die Tourismusregionen, die weiten Täler, wo die Städte ihre bandförmigen Strukturen entwickeln und eben entlang der

Verkehrsachsen. Dort werden die Nutzungskonflikte stark zunehmen. Das hängt mit der Globalisierung zusammen, weil die globalisierte Wirtschaft stark von den Infrastrukturen abhängig ist. Standortgunst bedeutet Infrastrukturnähe, um schnell weite Distanzen überwinden zu können.

Wer abseits der Standortgunst liegt, fällt im Wettbewerb immer stärker zurück. Dem will der Anspruch auf Re-Regionalisierung der Wirtschaft und der Erzeugung landwirtschaftlicher Grundstoffe entgegenwirken. Da geht es auch darum, Kleinstädte zu Zentren für Biotechnologie aufzuwerten, Ausbildungsstätten anzusiedeln oder entsprechende Unternehmen hinzubringen, die etwa mit den Holzreserven etwas anderes machen, als sie zu verheizen. Da steckt sehr viel Potenzial drinnen und eine Chance, strukturschwachen Räumen einen neuen Platz in einer völlig in Transformation befindlichen Wirtschaft zu sichern. Natürlich ist eine Voraussetzung dafür, dass eine solche Entwicklung politisch entsprechend gestützt und gefördert wird.

SCHLOSSER: WELCHE PERSPEKTIVEN ERGEBEN SICH FÜR DIE TOURISTISCH GENUTZTEN SEITENTÄLER?

Weber: Auch in Tourismusregionen gilt es, die Produktionsfunktion wiederzubeleben, um die Wirtschaftsbasis zu verbreiten. Kurzfristig ist

die Wärmeenergiebereitstellung eine Option, aber das sind ja auch Gunsträume für die Produktion von Arzneimittelausgangsstoffen. Ich denke da an die Kräuterproduktion, aber auch die Viehwirtschaft kann sich mit pharmazeutischen Ausgangsstoffen ein zweites Standbein schaffen. Die Prognosen sagen uns, dass im Tourismus langfristig nur mehr gute und sehr gute Standorte konkurrenzfähig sein werden. Insbesondere dort, wo der Tourismus zurückgehen wird, ist beispielsweise eine Umorientierung in Hinblick auf den demografischen Wandel und den Klimawandel anzustreben. Man kann alten Menschen, die noch rüstig und mobil sind, ehemals touristisch genutzte Unterkünfte als Dauerwohnungen anbieten, diese Menschen betreuen und daraus zusätzlich Wertschöpfung erzielen.

SCHLOSSER: WELCHE ROLLE KANN DIE ALPENKONVENTION BEIM PROJEKT RE-REGIONALISIERUNG DER WIRTSCHAFT SPIELEN?

Weber: Die Alpenkonvention hat ein großes Handicap: Sie ist top-down in die Wege geleitet worden und ringt um ihre Verankerung an der Basis. Sie ist noch nicht in den Köpfen der Menschen gelandet, sie ist ein Expertendokument. Die Alpenkonvention ist eine Leitlinie, die aber mit viel handfesteren Entscheidungen und Dokumenten unterfüttert werden muss. Wenn die Alpenkonvention eine Berechtigung haben will, dann muss sie im regionalen Kontext angekoppelt werden, dort eindeutig Werturteile fordern und entsprechendes Planen und Handeln im überschaubaren Rahmen nach sich ziehen.

SCHLOSSER: WER IST DAZU AUFGEFORDERT, DAS ZU TUN?

Weber: Dazu sollte die Initiative von NGOs ausgehen. Die Politik hat die Alpenkonvention unterschrieben und ratifiziert, aber ohne den Druck der NGOs wird sie sich nie ganz darauf festnageln lassen. Da wird möglichst viel Druck „von unten“ erzeugt werden müssen, das sich auch „oben“ etwas bewegen wird.

SCHLOSSER: DANKE FÜR DAS GESPRÄCH

VON DEN ALPEN ZU DEN ANDEN

von Jesús García Latorre²

Ein Vortrag war der bescheidene Start für die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Lebensministerium und dem argentinischen „Komitee der Berge“. Inzwischen wird die *Iniciativa Andina*, eine zwischenstaatliche umweltpolitische Plattform zur Förderung der Nachhaltigkeit in den Anden auch vom Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention unterstützt.

Die Alpen sind eine großräumig von Menschen geprägte Landschaft, in der bereits im 12. und 13. Jahrhundert auch die Hochlagen dauerhaft erschlossen worden sind. Heutzutage sind unerreichbare, nur wenig erkundete Gebiete in den Alpen unvorstellbar. Umso beeindruckender war es, als ich im Mai 2007 die argentinischen Anden besuchte und dabei erfuhr, dass über die indigene Bevölkerung in manchen abgelegenen Gebieten keinerlei Informationen vorliegen.

Anfang 2006 waren Elfriede MORE (die Leiterin der Abteilung für internationale Umweltangelegenheiten des Lebensministeriums) und Gabriel PARINI (Gesandter der argentinischen Botschaft) übereingekommen, einen Experten nach Argentinien zu schicken. Dabei fiel die Wahl auf mich. In Argentinien referierte ich über Nachhaltigkeit im Gebirge. Aber lassen sich die in den Alpen gewonnenen Erfahrungen auch in einem Schwellenland umsetzen?

Ich bin davon überzeugt, dass die Aktivierung von Klein- und Mittelbetrieben bzw. die Verstärkung der betrieblichen Vernetzung einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des alpinen Kulturerbes leistet. Dadurch verbessert man die bescheidene Wirtschaft der Gebirgsbevölkerung bzw. gewährleistet deren Erhalt. Das war meine Botschaft über Nachhaltigkeit für die Anden.

Heterogene Initiativen

Ich konzentrierte mich auf Initiativen, die eine solche wirtschaftliche Belebung fördern und stellte als institutionellen Rahmen die Alpenkonvention in den Vordergrund. Zu den Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zählen u.a. das Netzwerk Unternehmen Alpen, Allianz in den Alpen, Via Alpina, Urlaub am Bauernhof, Genussregion Öster-

reich, zahlreiche LEADER-Projekte und die Ausgleichszahlungen für die Berglandwirtschaft. Diese Palette ist heterogen, enthält aber die wichtigsten Schwerpunkte für die Regionalentwicklung, wie Innovationsförderung, Kapazitätsaufbau und Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Institutionen. Letztendlich wird die Motivierung der ländlichen Bevölkerung bzw. die effiziente Nutzung endogener Ressourcen angestrebt. Ein allfälliger Indikator für den erreichten Erfolg ist beispielsweise der hohe Anteil an Nebenerwerbsbetrieben in den alpinen Bezirken.

Meinem Vortrag in Argentinien war eine weitere wichtige Botschaft zu entnehmen. Was steht hinter dieser heterogenen Palette von Initiativen? Über 3.000 bäuerliche Familien machen den Verein Urlaub am Bauernhof aus. In nur drei Jahren sind 85 österreichische Genussregionen entstanden. Zugleich sind die Anfänge der Alpenkonvention den Bemühungen des deutschen Ministers Klaus Töpfer zu verdanken, der Verein Urlaub am Bauernhof geht auf die Initiative von Minister Josef Riegler zurück. Es sind also engagierte und unternehmungslustige BürgerInnen, BäuerInnen und PolitikerInnen, welche die wesentlichste Komponente zur Schaffung der Nachhaltigkeit bilden: menschliches Kapital, der wahre Schatz der Alpen.

Allerdings ist für die sozioökonomischen Besonderheiten der Anden, wie Armut oder aggressiver Bergbau, eine spezielle Betrachtung notwendig: Diese wird durch die *Iniciativa Andina* umgesetzt, welche u.a. Bereiche wie Nachhaltigkeit, institutionelle Verstärkung, Management von Einzugsgebieten oder Biodiversität umfasst. Damit ist die *Iniciativa Andina* mit der breiten integrativen Perspektive der Alpenkonvention vergleichbar. Seitens der lateiname-

rikanischen KollegInnen wurde die Vorbildwirkung der Alpenkonvention für ihre noch junge Initiative bekräftigt.

Deklaration von Tucumán

Zurück aus den Anden informierte ich mein Ressort, dass das erste Treffen der derzeitigen sechs Staaten der *Iniciativa* im September 2007 in der Andenstadt San Miguel de Tucumán stattfinden wird. Dort sollten die Bausteine für die Weiterentwicklung des Andenprozesses gelegt werden. Mein Kollege Ewald GALLE berichtete dem Generalsekretär der Alpenkonvention über die Bemühungen dieser Andenstaaten, die *Iniciativa Andina* auf die Beine zu stellen.

Die von Vertretern aus Argentinien, Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela unterzeichnete Deklaration von Tucumán kann zweifellos als historisch bezeichnet werden. Zum ersten Mal wurden Schritte zur Schaffung eines globalen umweltpolitischen Rahmens für die Anden unternommen. Bereits in dieser Anfangsphase war die Alpenkonvention durch Generalsekretär Marco ONIDA dabei, der die Schwerpunkte der Konvention in San Miguel de Tucumán darstellte und der *Iniciativa Andina* Unterstützung anbot. Der umweltfreundlichen Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Anden steht dennoch ein langer Weg bevor. So hat beispielsweise der Andenstaat Chile, in welchem Bergbau ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, die *Iniciativa* noch nicht unterzeichnet. Es wäre deshalb wichtig, die in den Alpen gewonnenen Erfahrungen und Expertisen auch den Andenbewohnern zugänglich zu machen und damit dem angestrebten Ziel der Nachhaltigkeit näher zu kommen.

² Der Autor ist Mitarbeiter im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abt. V/9 Internat. Umweltangelegenheiten; Wien.



DIE ALPENKONVENTION AUF DER EBENE DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDER (2)

Nachdem in der vorigen Ausgabe Kärnten und Tirol sich unseren Fragen zur Umsetzung der Alpenkonvention gestellt haben, ist dieses mal Vorarlberg an der Reihe. Die gleichzeitig angesprochenen Länder Salzburg, Ober- und Niederösterreich, Steiermark und Burgenland haben darauf verwiesen, dass die Beantwortung umfangreichere Recherchen etwa bei den Bezirksverwaltungsbehörden erfordere. Gerne kommt die Redaktion dem Wunsch nach mehr Zeit zur Beantwortung entgegen.

FRAGEBOGEN ALPENKONVENTION LÄNDER

1. Welche Rolle spielt die Alpenkonvention und ihre Protokolle in der Verwaltungstätigkeit Ihres Bundeslandes?
2. Wie viele Behördenentscheidungen beziehen sich bisher auf eine Bestimmung der Alpenkonvention?
3. Erläutern Sie bitte eine dieser Entscheidungen, die Ihnen in der Sache und/oder wegen ihrer Beispielwirkung besonders wichtig erscheint?
4. Nennen Sie jene Protokollbestimmungen, von denen Sie erwarten, dass sie künftig in Ihrem Bundesland eine besondere Rolle spielen könnten?
5. Welche Maßnahmen wurden in Ihrem Bundesland gesetzt, um die Inhalte der Protokolle mit den Gesetzen und Verordnungen des Landes in Beziehung zu setzen?
6. Welche Schritte wurden unternommen, die Inhalte der Protokolle in der Landesverwaltung, auf der Ebene der Bezirke und in den Gemeinden bekannt zu machen?
7. Fühlen Sie sich über aktuelle Entwicklungen im Alpenkonventionsprozess ausreichend informiert und was sind dabei ihre wichtigsten Quellen?
8. Wie beurteilen Sie die Umsetzungsprojekte der Alpenkonvention (Netzwerk Alpine Schutzgebiete, Gemeindeforschungsnetzwerk „Allianz in den Alpen“ und Weitwanderprojekt „Via Alpina“ in Ihrem Bundesland)?
9. Gibt es einen Austausch der Erfahrungen mit den verantwortlichen PolitikerInnen Ihres Bundeslandes und Stellen im Lebensministerium, sowie mit den Alpenkonventions-Koordinatoren der anderen Bundesländer?
10. Welche Perspektiven hat aus Ihrer Sicht die Alpenkonvention insgesamt?

V O R A R L B E R G

Die Antworten kommen von der Abteilung Gesetzgebung im Amt der Vorarlberger Landesregierung (Matthias GERMAN bzw. Otto-Imre PATHY).

Eine erschöpfende Beantwortung der Fragen ist leider nicht möglich, weil wir in Bezug auf die Alpenkonvention keine entsprechenden Aufzeichnungen führen. Das betrifft insbesondere die Fragen 2 und 3.

ZU DEN FRAGEN 1 UND 4:

Die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention spielen die Rolle unmittelbar anwendbarer Staatsverträge.

Es wird beispielsweise bei der Planung von Straßenprojekten überprüft, ob sie von unmittelbar anwendbaren Bestimmungen des Verkehrsprotokolls erfasst sein könnten.

Gegebenenfalls wird das in diesen Bestimmungen vorgesehene Verfahren durchgeführt. Dabei könnten künftig die Art. 2, 8 und 11 des Verkehrsprotokolls eine besondere Rolle spielen.

Auf Grund des hohen Schutzwaldanteils Vorarlbergs hat auch das Bergwaldprotokoll eine praktische Bedeutung. Im Zusammenhang mit Berufungsverfahren nach dem Forstgesetz 1975 betreffend Rodungen ist Art. 6 Abs. 1 des Bergwaldprotokolls im Zuge einer allenfalls erforder-

lichen Interessenabwägung zu berücksichtigen.

Folgende Bestimmungen des Bergwaldprotokolls könnten künftig eine besondere Rolle spielen: Art. 2 lit. d bis g (Erholungsnutzung, waldwirtschaftliche Nutzung, Waldbrandgefahr, Fachpersonal), Art. 6 (Schutzfunktion des Bergwalds), ev. Art. 10 (Naturwaldreservate) und Art. 11 (Förderung).

Folgende Bestimmungen des Protokolls über Berglandwirtschaft könnten künftig eine besondere Rolle spielen: Art. 7 (Förderung der Berglandwirtschaft), Art. 9 (Naturgemäße Bewirtschaftungsmethoden und typische Produkte), Art. 10 (Standortgemäße Viehhaltung und genetische Vielfalt) und Art. 11 (Vermarktung). Außerdem könnten künftig der Art. 14 des Bodenschutzprotokolls und der Art. 10 des Tourismusprotokolls eine besondere Rolle spielen.

ZU DEN FRAGEN 2 UND 3:

Die Alpenkonvention hat bisher nur eine untergeordnete Rolle bei Behördenentscheidungen gespielt.

ZU DEN FRAGEN 5 BIS 7 UND 9:

Informationen über die Alpenkon-

vention erhalten wir aus den Berichten der Ländervertreter und aus diversen Arbeitsgesprächen mit dem BMLFUW. Die Information der Bezirkshauptmannschaften erfolgt im Wesentlichen über die Fachabteilungen des Amtes der Landesregierung.

Auch das Handbuch für die Umsetzung der Alpenkonvention war und ist für den Vollzug hilfreich.

ZU FRAGE 8:

Eine fundierte Beurteilung dieser Projekte ist uns nicht möglich.

ZU FRAGE 10:

Die Alpenkonvention und ihre Protokolle für einen nachhaltigen Schutz des Alpenraumes müssen die Möglichkeit bieten, aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen.

Etwa das Bergwaldprotokoll sollte im Hinblick auf den zu erwartenden Klimawandel interpretiert werden können, dass die Regelungen eine Anpassung der Wälder selbst und ihrer Bewirtschaftung an die zu erwartenden Veränderungen zulassen.

Auch dürfte entscheidend sein, wie weit die Anliegen der Alpenkonvention bei bevorstehenden Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik einfließen können.





Landschaften und Lebensräume der Alpen - Zwischen Wertschöpfung und Wertschätzung

Bernhard Lehmann, Urs Steiger & Michael Weber

An dieser Stelle haben wir bereits einige Bücher vorgestellt und empfohlen, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramm 48 (NFP 48) des Schweizerischen Nationalfonds erschienen sind. Zu dessen Abschluss ist nun ein dünnes und trotzdem gewichtiges Buch herausgekommen, das den Untertitel „Reflexionen zum Abschluss des NFP 48“ führt.

Pointiert und übersichtlich wird darin zusammenfassend dargestellt, welche zentralen Ergebnisse die 35 Forschungsprojekte zu Fragen der künftigen Entwicklung von Landschaften und Lebensräumen in den (Schweizer) Alpen ergeben haben. Beispielhaft wird in dem Band noch einmal eine besondere Stärke des NFP 48 deutlich: Das Projekt beschränkt sich nicht auf die Darstellung von Daten und Fakten, sondern gibt gezielt an die Adressaten in Politik, Behörden, Wirtschaft, NGO's und involvierte Personengruppen Empfehlungen für die künftige Entwicklung ab. So weit das aus österreichischer Sicht zu beurteilen ist, werden dabei auch Tabus und Mythen aufgegriffen. Natürlich ist die Schweiz in vielerlei Hinsicht anders als Österreich. Allerdings fehlt ein vergleichbares, die Kräfte auf nationaler Ebene bündelndes Programm für Österreich in dieser Form quantitativ und qualitativ. Daher ist den Ergebnissen des NFP 48 und den daraus entstandenen Publikationen, die überwiegend auch für interessierte Laien nachvollziehbar sind, auch hierzulande eine große Verbreitung zu wünschen.

Fragestellungen wie etwa nach den Kriterien für den Wert einer Landschaft, das Erkennen und der Umgang mit sich verschärfenden Nutzungskonflikten sind auch im österreichischen Alpenraum hochaktuell. Ebenso der Trend zu höchst ungleichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in den alpinen Ballungsräumen und hocherschlossenen Tourismusgebieten auf der einen und von Abwanderung bedrohten peripheren Lagen auf der anderen Seite. (hs)

Format 20 x 24 cm, 2007, 106 Seiten + CD, € 16,-, ISBN 978-3-7281-3142-3, vdf Hochschulverlag an der ETH Zürich.



1x1 der Alpen - 101 Regionen von Monaco bis Wien

Lars Keller & Klaus Förster

Das Interreg III A-Projekt „Tirol Atlas“ ist beim Institut für Geografie der Universität angesiedelt und wird von den Ländern Tirol und Südtirol getragen. Seit 2001 wird ein digitaler Tirol-Atlas erarbeitet, der über die Internetadresse <http://tirolatlas.uibk.ac.at> zugänglich ist.

Über den ganzen Alpenraum erstreckt sich das Projekt „1x1 der Alpen“, das sich an statistischen Gebietseinheiten der EU orientiert, die nach der französischen Bezeichnung die Abkürzung Nuts tragen. Das Projekt im Rahmen des Tirol-Atlas erfasst 101 Regionen im Alpenraum, die teilweise weit in die Alpenvorländer hinausreichen. Gegenüber der Abgrenzung der Alpenkonvention ergibt sich dadurch eine gravierend höhere Zahl an Bewohnern (34 gegenüber 13 Millionen) und eine deutlich größere Fläche (267.000/200.000 km²).

Das nun vorgelegte Buch bringt die wesentlichsten Inhalte des digitalen Alpenprojekts zu Papier. Jeder der 101 Regionen stehen vier großformatige Seiten zur Verfügung. Ein Übersichtstext beschreibt die Regionen geografisch, wirtschaftlich und historisch, dazu kommen Grafiken zu Klima, Landbedeckung und Alterspyramide der Bevölkerung, sowie einige Fotos. Die Orientierung ist dabei nicht einfach, weil die Reihenfolge nach Staaten und innerhalb dieser alphabetisch erfolgt, weshalb zum Beispiel auf Salzburg und Umgebung Sankt Pölten folgt. Was im Internet mit einem schnellen Mausklick erfolgt, erfordert im Buch Blättern bzw. den Blick ins Register.

Naturgemäß kann das Buch in Bezug auf die Datenfülle, aber auch beim schnellen Vergleich mancher Daten nicht mithalten. Trotzdem ist es als Nachschlagewerk für schnelle Informationen gut geeignet und hat seine Vorzüge gegenüber dem Internet, wenn man sich in Ruhe über weniger bekannte Alpenregionen einen Überblick verschaffen will. Besser als es das Internet jemals können wird, vermittelt das Buch anschaulich, welche wunderbare Vielfalt der Lebensraum Alpen in kultureller, geografischer, wirtschaftlicher, etc. Hinsicht bietet. (hs)

Format: 27,6 x 21,4 cm, 2007, 496 Seiten, € 34,90, ISBN 978-3-902571-20-5, innsbruck university press.

Bestelladresse: Universität Innsbruck, Institut für Geografie, Tirol Atlas, Innrain 52, A-6020 Innsbruck, Tel. +43/(0)512/507-5431, Fax +43/(0)512/507-2895, E-Mail: maria.t.haffner@uibk.ac.at.

Bildnachweis

B. Schauer: S. 4
H. Schlosser: S. 1, 3
H. Slupetzky: S. 2
J. Essl/OeAV: S. 5
M. Gabay: S. 6

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Bei Unzustellbarkeit retournieren an:
Alpenkonventionsbüro
c/o Österreichischer Alpenverein
Wilhelm-Greil-Strasse 15
A-6010 Innsbruck

